

politik. Jetzt geht es bis zum Dezember-Gipfel darum, im Vertragstext nicht nur festzuschreiben, daß die Außenminister „systematisch“ miteinander kooperieren. Festgelegt werden soll auch, in welchen politischen Streitfällen die Gemeinschaft „gemeinsam“ handelt.

Immerhin acht der zwölf EG-Staaten wären bereit, dafür das Mehrheitsprinzip einzuführen. Iren und Portugiesen sind unentschieden. Briten und Dänen lehnen das Mehrheitsprinzip in der Außenpolitik rigoros ab.

Das Versagen der Gemeinschaft erst im Golfkrieg und dann im jugoslawischen Bürgerkrieg bestärkt diejenigen EG-Mitglieder, die von jeher gegen allzu starke Integration waren.

Anschaulich hätten die Europäer vorgeführt, resümierte der britische Außenminister Douglas Hurd vorige Woche bei der EG-Konferenz im niederländischen Haarzuilen, daß es „keinen politischen Willen der Mit-

gliedstaaten für eine gemeinsame Verteidigungspolitik“ gibt. Die Politische Union trotz aller Gegensätze soweit wie möglich zu verwirklichen und darauf zu hoffen, daß sich Gemeinsamkeit schon einstellen werde, leuchtet Hurd nicht ein: „Das wird nicht laufen.“

Die Briten gehen weiter eigene Wege in der EG. Gemeinsam mit dem Italiener Gianni De Michelis machte sich Hurd für eine europäische Eingreiftruppe stark, die bei Militäraktionen auch außerhalb des Nato-Gebietes eingesetzt werden soll. Die Niederländer schlossen sich umgehend an.

Franzosen und Deutsche haben andere Vorstellungen. Zum Kern einer Eingreiftruppe soll die Westeuropäische Union (WEU) werden, der neun der zwölf EG-Länder angehören. Die WEU-Truppe würde von der Nato unabhängig sein.

Langfristig wollen auch die Briten eine „sicherheitspolitische Identität“ Europas nicht ausschließen. Doch Vorrang

hat für sie die enge Verbindung zur Nato und damit zu Amerika.

Kohl und Genscher werden es schwerhaben, das Interesse der europäischen Partner an der Politischen Union zu wecken. Sie wollen dafür jetzt mit einem Argument werben, das sie selber oft genug von anderen gehört haben: Durch die EG-Integration lasse sich das wiedervereinigte Deutschland auf Dauer am besten bändigen.

Der Kanzler erzählt dazu gern eine Episode von einem deutsch-französischen Treffen, bei dem sich Premierministerin Edith Cresson über die gewaltigen ökonomischen Probleme der Deutschen dank der Wiedervereinigung verbreitet habe. Präsident François Mitterrand habe ihr zwar zugestimmt, jedoch hinzugefügt: „Aber danach werden sie viel stärker sein.“

Und je stärker die Deutschen, so die Schlußfolgerung Kohls, dann in Europa integriert sind, desto harmloser müssen sie trotz aller Stärke auftreten.

„Wir müssen Großmacht werden“

EG-Kommissionspräsident Jacques Delors über den Zustand der Europäischen Gemeinschaft

SPIEGEL: Herr Präsident, die Europäische Gemeinschaft, die so lange in Selbstbeschau verharrte, steht vor der größten Herausforderung seit ihrer Gründung: dem Wunsch der neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa so bald wie möglich Mitglied zu werden. Haben die dramatischen Veränderungen die EG in eine Orientierungskrise gestürzt?

DELORS: Nein, die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten sind vom Kurs nicht abgekommen. Sie halten an dem Konzept fest, zuerst die bestehenden Strukturen der Gemeinschaft zu verstärken, um dann um so wirkungsvoller an der Architektur eines größeren Europa arbeiten zu können. Die zwölf EG-Staaten von heute haben ja keinen Monopolanspruch auf Europa.

SPIEGEL: Sie haben vor kurzem gemahnt: „Da die Geschichte sich beschleunigt, müssen auch wir uns schneller bewegen.“ Ist die schwerfällige EG zu einem historischen Endspurt überhaupt in der Lage?

DELORS: Die Mitglieder scheinen weiterhin entschlossen, Kompromisse zu finden, die ihnen beim nächsten Gipfeltreffen Anfang Dezember in Maastricht den Abschluß von zwei Verträgen ermöglichen sollen: einen über die Wirtschafts- und Währungsunion, einen an-

deren über die politische Union. Ich werde diese Verträge daran messen, wieviel Ehrgeiz sich in ihnen widerspiegelt: Bedeuten sie eine Herausforderung für die Gemeinschaft? Das ist es, was historisch auf dem Spiel steht.

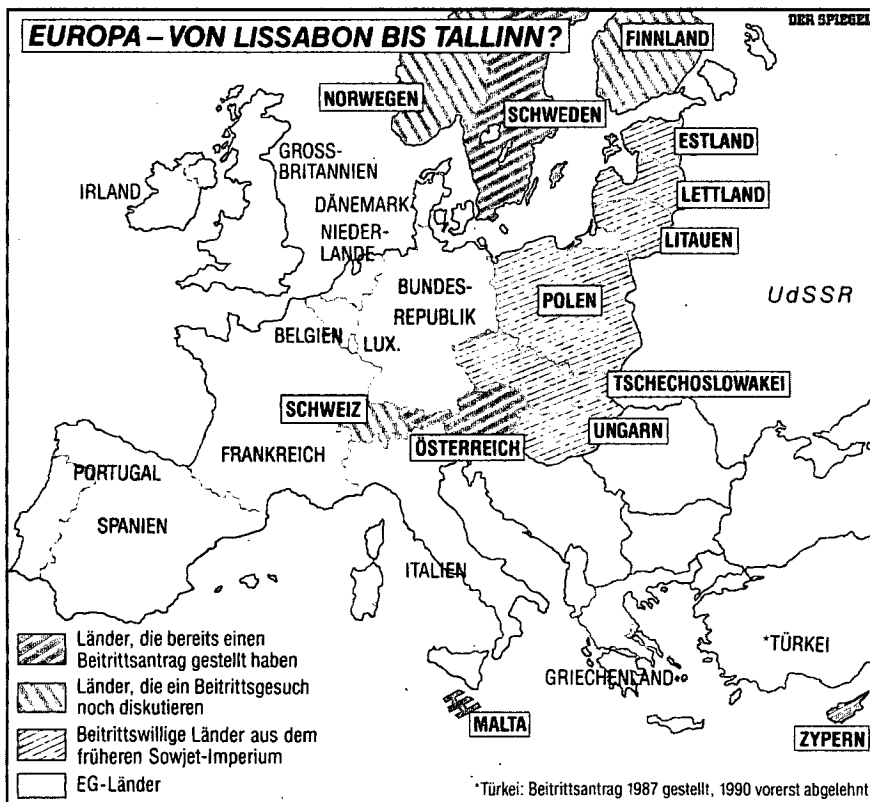
SPIEGEL: Hat sich die EG zuviel auf einmal zugemutet?

DELORS: Nicht nur Europa, die ganze Welt schaut auf uns. Der Aufbau eines großen Europa ist nur sinnvoll, wenn wir bereit sind, uns der historischen Verantwortung zu stellen. Aus der dynamischen Wirtschafts- und Handelsmacht, die wir schon sind, muß eine politische Großmacht hervorgehen. Sonst



Delors beim SPIEGEL-Gespräch: „Erst vertiefen, dann erweitern“

Das Gespräch führten die Redakteure Romain Leick und Marion Schreiber.



ist zu befürchten, daß sich die Gemeinschaft am Ende auflöst.

SPIEGEL: Können Sie als Kommissionspräsident nicht dafür sorgen, daß die Dinge sich schneller klären?

DELORS: Das Kartell der Neinsager kann sich immer wieder durchsetzen. Der Streit über die verschiedenen Vertragsentwürfe zur politischen Union hat manchmal surrealistische Züge. Die Regierungen hören kaum auf die Kommission. Unser Einfluß ist heute geringer als bei der Einigung auf die Einheitliche Europäische Akte in Luxemburg 1985.

SPIEGEL: Warum?

DELORS: Vor sechs Jahren hatten wir gerade eine Phase der Stagnation überwunden. Die Aussicht auf die Vervollständigung des gemeinsamen Binnenmarktes bis Ende 1992 beflügelte die Gemeinschaft. Daß damit zugleich auch der Grundstein für den Aufbau einer politischen Union gelegt werden sollte, war den meisten Mitgliedsländern noch nicht deutlich bewußt. Sie verkannten die Tragweite dieses Entschlusses, der in Wirklichkeit zu einem qualitativen Sprung führte.

SPIEGEL: Zumindest die damalige britische Premierministerin Margaret Thatcher ließ sich nicht lange täuschen.

DELORS: Das war wohl der Grund dafür, daß sie in Brügge ihre flammende Rede gegen alle Unionspläne hielt. Heute sind die Staats- und Regierungschefs besser auf der Hut.

SPIEGEL: Sie wollen den qualitativen Sprung nicht mehr wagen?

DELORS: Was die politische Union angeht – ehrlich gesagt, nein.

SPIEGEL: Wäre es dann nicht besser, in Maastricht ganz auf einen Vertrag zu verzichten, statt wieder einmal ein Abkommen auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner zu schließen?

DELORS: Nein, wir können auf diesen Vertrag nicht verzichten, weil wir uns organisieren müssen, bevor wir mit der Konstruktion des großen Europa von morgen beginnen können. Der Vertrag ist unentbehrlich, selbst auf niedrigem Niveau. Die Regierungschefs sind zu einem Abkommen verurteilt.

Jacques Delors

ist der achte Präsident der EG-Kommission. Als der Franzose, der von 1981 bis 1984 sozialistischer Wirtschafts- und Finanzminister in Paris war, den Brüsseler Spitzenjob am 6. Januar 1985 antrat, brachte er neuen Schwung in die jahrelang von Lethargie und Budgetgezänk gelähmte Gemeinschaft. Den Staats- und Regierungschefs legte er ein konkretes Programm zur Vervollständigung des europäischen Binnenmarktes bis zum 1. Januar 1993 vor. Mit seinen weiteren Integrationsplänen (Aufbau einer Währungsunion und einer politischen Union) forderte er den Wi-

SPIEGEL: Was ist denn für Sie das absolute Minimum, das ein solcher Vertrag über die Politische Union erfüllen müßte?

DELORS: Notwendig ist erstens eine gemeinsame Außenpolitik in den Bereichen, in denen wir wesentliche gemeinsame Interessen haben; zweitens eine Demokratisierung der gemeinschaftlichen Institutionen, um die Bürger besser am Aufbau Europas zu beteiligen; drittens eine Verbesserung unserer Effizienz. Die Kommission muß genug Spielraum bekommen, um die notwendigen weiteren Schritte vorzuschlagen und die vom Rat getroffenen Entscheidungen ausführen zu können.

SPIEGEL: Heißt das auch, daß die EG künftig in ihrer gemeinsamen Außenpolitik mehrheitlich statt wie bisher einstimmig entscheiden soll?

DELORS: Unbedingt. Wir können sicher nicht die gesamte Außenpolitik auf einen Schlag in die Kompetenz der Gemeinschaft übertragen. Aber wenn der Ministerrat erst einmal gemeinsame Bereiche für gemeinsame Aktionen in der Außenpolitik bestimmt hat, dann muß er auch in diesen Bereichen mit Mehrheit über das gemeinsame Vorgehen entscheiden können. Mit der Mehrheitsabstimmung bekommen wir die erforderliche Dynamik. Ohne sie wird es keine gemeinsame Außenpolitik geben. Alles andere wäre Heuchelei.

SPIEGEL: Die Basis der Gemeinsamkeiten zwischen den Mitgliedstaaten scheint aber immer schmaler zu werden.

DELORS: Wenn uns die politische Union nicht gelingt, wenn wir einen Vertrag zum Schleuderpreis abschließen, dann wird der historische Niedergang Europas, der mit dem Krieg von 1914 begann, wieder einsetzen. Ich bin nicht bereit, kommenden Generationen

derstand vor allem der Briten heraus: Margaret Thatcher bekämpfte seine föderalistischen Ideen als „Hirngespinnste“. Der zähe Arbeiter Delors, 66, der nach Aussage von Untergebenen die EG-Behörde mit ihren 17 Kommissaren und rund 10 000 Beamten aus zwölf Ländern so unerbittlich befiehlt „wie ein Offizier der Fremdenlegion sein Wüstenfort“, läßt auch nach Rückschlägen nicht locker: „Wir müssen uns schnell bewegen, sonst wird Europa zu einer archäologischen Ausgrabungsstätte, wo Amerikaner und Japaner nach untergegangenen Gedanken und Lebensstilen suchen werden.“

ein schwaches, von der Geschichte an den Rand gedrängtes Europa zu hinterlassen. Welches Beispiel geben wir der Außenwelt, wenn wir es nicht schaffen, uns in eine echte Schicksalsgemeinschaft zu verwandeln? Mit welchem Recht könnten wir dann gute Ratschläge erteilen oder gar mit Sanktionen drohen, wenn andere Völker miteinander im Streit liegen?

SPIEGEL: Gerade die jugoslawische Krise zeigt, daß die Zwölf noch weit davon entfernt sind, als einheitliche Macht auftreten zu können. Hat die Hilflosigkeit der EG vor dem jugoslawischen Bürgerkrieg Sie nicht verzweifeln lassen?

DELORS: Bei diesem Thema ist ein großes Maß intellektueller Bescheidenheit angesagt. Ich will die Deutschen ganz offen fragen: Hätte die Anerkennung der slowenischen und kroatischen Unabhängigkeit vor einigen Monaten den Bürgerkrieg verhindert?

SPIEGEL: Wohl kaum.

DELORS: Was konnte die Gemeinschaft denn dann tun? Militärisch dazwischengehen? Auf welcher Rechtsgrundlage? Die ungebetene Entsendung einer Interventionsstreitmacht wäre eine völkerrechtliche Weltpremiere gewesen. Und wenn wir militärisch eingegriffen hätten, wären wir dann nicht Gefahr gelaufen, uns in eine Situation wie in Nordirland oder im Libanon zu verstricken?

Die EG konnte die verfeindeten Parteien nur zu einer friedlichen Lösung ihrer Konflikte ermahnen, ihnen die verheerenden Folgen eines Bürgerkriegs vor Augen führen und technische Hilfe bei der Friedenssuche anbieten, ohne das Recht jeder Nation auf Selbstbestimmung zu mißachten. Eine Parteinarbeit für den einen und gegen den anderen mußte auf jeden Fall vermieden werden.

SPIEGEL: Ist diese Neutralität nicht längst hinfällig geworden?

DELORS: Das alte Jugoslawien hat sich überlebt. Die Republiken selbst müssen über ihre eigene Zukunft entscheiden und die Bedingungen festlegen, zu denen die Menschenrechte und die Rechte der Minderheiten gewahrt werden können. Die Friedenskonferenz und die Schiedskommission sollen dabei helfen.

SPIEGEL: In der Öffentlichkeit hinterließen die Aktionen der EG nur den Eindruck heillosen Überforderung.



Partner Adenauer, de Gaulle 1962 in Reims: „Solide Wurzeln“

DELORS: Die Medienwelt, in der wir leben, hat zu einem ungeheuren Erwartungsdruck geführt. Politik wird als beliebiges Konsumgut betrachtet. Wenn ich ein Auto haben will, kann der Kaufvertrag in einer Viertelstunde unterschrieben sein. So prompt soll es auch in der Politik zugehen. Der Minister wird ins Fernsehstudio zitiert, gefragt, was seine Lösung für den Bürgerkrieg in Jugoslawien ist, und wenn er nicht sofort eine Antwort weiß, heißt es: zurück auf die Bank. Wie tragisch Geschichte sein kann, wird dabei völlig vergessen. Menschlicher Wahnsinn verschwindet nicht so einfach. Man kann in Jugoslawien niemanden zu seinem Glück zwingen.

SPIEGEL: Warum haben die EG-Außenminister überhaupt die Entsendung einer bewaffneten Interventionstruppe öffentlich erwogen, wenn sie von Anfang an wußten, daß daraus nichts würde?

DELORS: Das sollten Sie lieber die Länder fragen, die solche Vorschläge gemacht haben. Ich jedenfalls halte es nicht für glücklich, Empfehlungen zu geben, die völlig folgenlos bleiben müssen.

SPIEGEL: Die Bundesregierung hat die Idee einer europäischen Eingreiftruppe unterstützt, obwohl sie genau wußte, daß sie aus politischen wie verfassungsrechtlichen Gründen nicht in der Lage war, deutsche Soldaten auf den Balkan zu schicken.

DELORS: Ich wäre weniger negativ. Die Friedenskonferenz könnte durchaus von Nutzen sein, und der Ministerrat hat jetzt die Anwendung der Waffe

Wirtschaftssanktionen gegen diejenigen beschlossen, die sich einer friedlichen Lösung widersetzen.

SPIEGEL: Die Gemeinschaft war nicht nur in ihren Möglichkeiten überfordert, sondern auch durch innere Uneinigkeit gelähmt. Alte, historisch längst überwunden geglaubte Ressentiments tauchten plötzlich wieder auf, zum Beispiel der Argwohn von Briten und Franzosen gegen angebliches Vormachtstreben der Deutschen auf dem Balkan. Besteht die Gefahr, daß Westeuropa in die Rivalitäten der Vergangenheit zurückfällt?

DELORS: Die Geschichte hat uns im Galopp eingeholt. Der

Zerfall der kommunistischen Welt hat wieder die alten Gespenster des Nationalismus freigesetzt. Deshalb ist das Beispiel der Gemeinschaft so wichtig. Nach den schrecklichen Kriegen zwischen Deutschen, Franzosen und anderen präsentiert sich Europa heute als eine friedliche Einheit, die von rechtsstaatlichen Regeln getragen wird. In ihr kann auch der Schwächste seine Stimme zu Gehör bringen, ohne befürchten zu müssen, von den Großen erdrückt zu werden. Es wäre Wahnsinn, diese Erregung auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen und ein völlig neues Großeuropa aus dem Nichts zu entwerfen, wie manche das vorschlagen.

SPIEGEL: Mit dem guten Beispiel der EG hapert es aber. Nach wie vor entzweit ein Rest von Mißtrauen die Partner. Manche Deutsche waren verstimmt, weil Frankreich sich nicht von Anfang an vorbehaltlos für die deutsche Vereinigung eingesetzt hat, und manche Franzosen verdächtigen die Deutschen, einen neuen nationalen Ehrgeiz Richtung Osten zu entwickeln.

DELORS: Ich selbst habe keinen Augenblick gezögert, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu unterstützen. Aber wir brauchen nötiger denn je einen offenen und ehrlichen Dialog zwischen Deutschen und Franzosen. Es reicht nicht, wenn man auf Regierungsebene miteinander spricht. In der Wirtschaft zum Beispiel ist die Zusammenarbeit zwischen deutschen und französischen Firmen leider immer noch sehr selten.

SPIEGEL: Ist nicht auch die politische Entente gefährdet?

DELORS: Den Franzosen muß man klarmachen, daß es völlig legitim und natürlich ist, wenn die Deutschen sich mehr als andere um das Schicksal ihrer Nachbarn im Osten sorgen. Und die Deutschen muß man daran erinnern, daß die Franzosen die Deutschen für das ihnen am nächsten stehende Volk Europas halten. Die Wurzeln der deutsch-französischen Verständigung sind außerordentlich solide. Aber von Zeit zu Zeit müssen sie, wie bei allen jungen Bäumen, kräftig gegossen werden.

SPIEGEL: Das Tandem Bonn-Paris war immer der Motor für die europäische Einigung. Haben die Unstimmigkeiten der letzten Monate einen bleibenden Schaden in den Beziehungen der beiden Länder hinterlassen?

DELORS: Nein.

SPIEGEL: Eines der wichtigsten Motive bei der Gründung der Gemeinschaft vor 34 Jahren war das Bestreben Frankreichs, Deutschland fest im Westen zu verankern. Teilen Sie die Befürchtung vieler Franzosen, daß der deutsche Nachbar erneut von der Lust auf Hegemonie gepackt werden könnte?

DELORS: Noch einmal nein. In Anbetracht unserer gemeinsamen Geschichte will ich Ihnen eine etwas naive Antwort geben: Die Franzosen haben wohl keine andere Wahl, als die Deutschen zu lieben, und umgekehrt.

SPIEGEL: Liebe läßt sich nicht erzwingen...

DELORS: Es muß ja nicht gerade Leidenschaft sein. Eine Vernunftliebe reicht. Sie hilft, die Deutschen zu verstehen und sie von einer Vergangenheit zu befreien, die sie immer noch heim sucht.

SPIEGEL: Lieben Sie die Deutschen?

DELORS: Ja, ohne Vorbehalte. Und das schärft mein Verständnis für sie. Ich war zum Beispiel immer der Meinung, daß die Deutsche Mark mehr ist als nur eine Währung. Sie ist das Symbol des neuen Deutschland. Weil ich das begriffen habe, konnte ich meine Vorschläge für eine Europäische Währungsunion so gestalten, daß sie auch für die Deutschen annehmbar waren.

SPIEGEL: Also sind alle Sorgen unbegründet, daß Deutschland aus dem gemeinschaftlichen Verbund ausscheren und in Versuchung geraten könnte, auf eigene Faust eine nationale Einflußsphäre in Ost- und Mitteleuropa zu schaffen?

DELORS: Ich habe es bisher nie erlebt, daß Deutschland vor einer wichtigen Entscheidung mit der Faust auf den Tisch geschlagen hätte. Es hat seine wirtschaftliche Stärke nicht mißbraucht, um sich über andere hinwegzusetzen.

Oft genug haben seine Führer sich lieber im Hintergrund gehalten und anderen die Früchte des Erfolgs überlassen. Das war eine sehr kluge Einstellung...

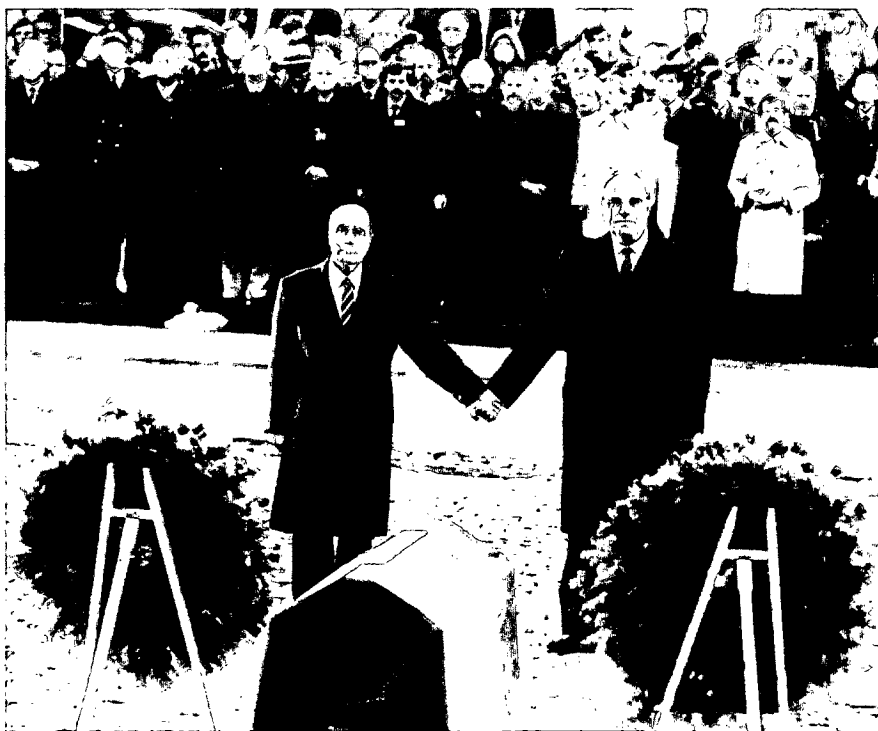
SPIEGEL: ... die nach dem Ende des Kalten Kriegs nicht von Dauer sein muß.

DELORS: Ich kann nicht ausschließen, daß es in Zukunft anders aussehen wird. Aber bis heute scheinen Deutschlands Staatsmänner einem Leitsatz des europäischen Gründungsvaters Jean Monnet verpflichtet: Mehr sein als scheinen. Wenn die Staatsmänner – und das gilt nicht nur für die Deutschen – Europa auf der nationalen Ei-

sie beiseite, bauen wir etwas Neues für 30 oder 34 Staaten. Ich wünsche viel Vergnügen bei den Geburtswehen.

SPIEGEL: Die Frage ist nur, ob die beitragsbegierigen Länder Osteuropas warten wollen, bis die Zwölf mit sich selbst im reinen sind.

DELORS: Jede große politische Aufgabe braucht Zeit. Bei seinem Besuch in Paris hat der tschechoslowakische Präsident Václav Havel die Hoffnung ausgedrückt, daß sein Land der Gemeinschaft in den nächsten zehn Jahren beitreten könne. Das ist die vernünftige Antwort eines osteuropäischen Staatsoberhauptes an alle, die unsere Gemeinschaft auf den Kopf stellen und bei Null beginnen wollen.



Partner Mitterrand, Kohl 1984 in Verdun: „Einander lieben“

telkeit ihrer Völker errichten wollen, dann werden wir Schiffbruch erleiden. Der europäische Familiensinn wäre dahin, wenn der Tag käme, an dem jedes Mitgliedsland das andere zu übervorteilen suchte.

SPIEGEL: Bisher haben die Deutschen in der Tat nie einen Zweifel an ihrer Treue zur Gemeinschaft aufkommen lassen. Unter dem Erwartungsdruck der osteuropäischen Länder scheint es aber jetzt, als wollten sie die Gemeinschaft lieber erweitern, als die Integration zu vertiefen.

DELORS: Mein Konzept ist es, die Gemeinschaft erst zu vertiefen, um sie dann erweitern zu können. Wenn das einigen nicht gefällt, dann sollen sie klar sagen: Die Gemeinschaft war ein Kind des Kalten Krieges, werfen wir

SPIEGEL: Aber gleichzeitig lassen sich Vertiefung und Erweiterung nicht erreichen?

DELORS: Sobald wir beim Gipfel in Maastricht eine politische Union beschlossen haben, die diesen Namen verdient, werde ich unverzüglich dem Ministerrat Vorschläge unterbreiten, wie wir die Gemeinschaft auf 18 oder 24 Mitglieder erweitern können. Die Beitrittskandidaten werden daran klar erkennen können, wie das Gesicht der Gemeinschaft im Jahre 2000 aussehen wird. Sie müssen dann prüfen, ob die vollständige Integration ihnen noch zusagt oder ob sie lieber eine lockere Assoziation anstreben wollen.

SPIEGEL: Die Gemeinschaftsstrukturen waren ursprünglich für nur sechs Mitgliedstaaten entworfen worden. Ist



Rheinischer Merkur/Christ und Welt

es da nicht eine Illusion zu glauben, daß sich Vertiefung und Erweiterung in Einklang bringen lassen?

DELORS: Politiker sind dafür da, Widersprüche aufzulösen. Ich glaube fest daran, daß es möglich ist, auch eine drastisch vergrößerte Gemeinschaft handlungsfähig zu erhalten. Die Voraussetzung dafür ist freilich eine Reform unserer Institutionen.

SPIEGEL: Es fällt uns schwer, uns eine Kommission mit 24 oder 30 Kommissaren als handlungsfähig vorzustellen.

DELORS: Es wird keine 24 Kommissare geben. Ich sehe eher voraus, daß die Mitgliedstaaten einen europäischen Präsidenten wählen. Der wird dann eine Regierung bilden, um die Gemeinschaft in den Bereichen zu führen, die seiner Kompetenz übertragen worden sind. Eine auf diese Weise gebildete Regierung könnte Gesetze und Maßnahmen vorschlagen, die der doppelten Kontrolle durch Ministerrat und Europäisches Parlament unterliegen würden.

SPIEGEL: Und in welchem Zeitraum stellen Sie sich das alles vor? Frankreichs Präsident Mitterrand hat vorausgesagt, es werde „Jahrzehnte und Jahrzehnte“ dauern.

DELORS: Präsident Mitterrand hat diese Prognose inzwischen widerrufen. Der Zeitrahmen wird bestimmt durch die Erneuerungsfähigkeit der Zwölfergemeinschaft und das Tempo, in dem die Wirtschaft der osteuropäischen Länder stärker wird. Es hängt also nicht von unserem guten Willen allein ab. So gesehen scheinen mir Havels Erwartungen absolut realistisch.

SPIEGEL: Wenn die Gemeinschaft es nicht schafft, die Erwartungen Osteuropas schnell genug zu erfüllen, werden diese Länder wohl alle ihre Hoffnungen einseitig auf Deutschland richten. Hat man den Deutschen nicht jetzt schon zuviel aufgebürdet?

DELORS: Sie brauchen nur zusammenzuzählen, was die Bürger der alten Bundesländer gezahlt haben, um die ostdeutschen Länder zu entwickeln, den Abzug der Sowjetsoldaten zu finanzieren und ihren Anteil am Golfkrieg zu entrichten. Das ist eine außergewöhnliche Anstrengung, die auch die reiche Bundesrepublik an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit bringen könnte. Die osteuropäischen Länder sollten vernünftig bleiben und ihre Hoffnungen weiter auf die Gemeinschaft richten. Wir geben ihnen dafür die politische Garantie, daß sie eines Tages dazugehören werden.

SPIEGEL: Also wird sich die Vision General de Gaulles von einem Europa, das vom Atlantik bis zum Ural reicht, doch noch verwirklichen?

DELORS: Viel hängt davon ab, was in der Sowjetunion passieren wird. Wenn die zwölf Republiken, die nach dem Ausscheiden der Balten übriggeblieben sind, sich zu einem neuen Verbund zusammenfügen, dann ist völlig klar, daß die EG vor den Grenzen dieser immer noch mächtigen Union haltmachen muß. Die Europäische Gemeinschaft würde also nicht vom Atlantik bis zum Ural, sondern von Brest bis Tallinn reichen.

SPIEGEL: Und wenn Moskau den weiteren Fall nicht aufhalten kann?

DELORS: Sollte sich etwa die Ukraine ebenfalls abspalten, dann sind wir wohl

gezwungen, dies zu berücksichtigen. Weiter möchte ich lieber nicht spekulieren; es sind zu viele Unbekannte im Spiel. Noch ist ja nicht ausgemacht, ob der politische Ehrgeiz der Gemeinschaft groß genug ist oder ob sie am Ende doch vor ihrem eigenen Schatten erschrickt und sich mit einer diffusen Konstruktion zufrieden gibt, die nicht viel mehr darstellt als eine riesige Freihandelszone.

SPIEGEL: Und wenn die EG sich der Aufgabe nicht gewachsen zeigen sollte, wird es dann endgültig mit der Idee des vereinten Europa vorbei sein?

DELORS: Es werden sich immer Leute finden, die auf die Bühne treten und dem Publikum verkünden, was für eine prächtige Gemeinschaft sich hinter dem Vorhang verbirgt. Ich werde an einem solchen Schwindel nicht mitwirken. Wenn es in den Kulissen

schlecht aussieht, werde ich das mit aller Deutlichkeit sagen. Fast 40 Jahre mühseliger Anstrengungen wären dann verthan. Eine großartige Idee, wahrscheinlich die einzige, welche die Ideale von Frieden, Freiheit und Völkerfreundschaft in ein System von Institutionen gegossen hat, hätte sich überlebt. Es wäre eine traurige Entwicklung; die Europäer des Jahres 2010 würden zu bloßen Zuschauern der Geschichte degradiert.

SPIEGEL: Sie könnten sich immerhin damit trösten, ziemlich zahlungskräftige Zuschauer zu sein

DELORS: Nicht einmal das. Ihr Wohlstand würde die Begehrlichkeit anderer wecken. Wenn die Europäer die Last ihrer Verantwortung nicht tragen können, werden sie am Ende sowohl in ihrer Bequemlichkeit wie in ihrem inneren Frieden bedroht sein.

SPIEGEL: Ihre Amtszeit als Kommissionspräsident endet 1992. Meinungsumfragen in Frankreich belegen, daß Ihr Ansehen dort sehr hoch ist. Planen Sie eine Rückkehr in die nationale französische Politik?

DELORS: Meine Zuneigung gilt dem Aufbau Europas.

SPIEGEL: Heißt das, daß Sie am liebsten für weitere zwei oder vier Jahre an der Spitze der EG-Kommission weitermachen möchten?

DELORS: Die Antwort darauf kann ich Ihnen erst geben, wenn ich weiß, was beim Gipfel in Maastricht herausgekommen ist. Wenn sich die Mittelmäßigkeit durchsetzt – nein danke, dann waren acht Jahre genug.

SPIEGEL: Herr Präsident, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.